



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

588 (20.12.1922) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-207021](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-207021)

Mannheimer General-Anzeiger

Bestandteile: In Mannheim und Umgebung frei im Haus ...

Badische Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Bei Vorauszahlung die 11. Seite ...

Beilagen: Der Sport vom Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz u. Recht. Modezeitung. Aus Zeit u. Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung u. Mannheimer Musik-Zeitung

Die neue Reparationsbewegung

Ueber die politischen Zusammenhänge in der Frage des jüngsten Schrittes Amerikas zur Lösung des Reparationsproblems schreibt der diplomatische Vertreter der B. A. u. a.:

Der erste Anstoß zu der neuen politischen Reparationsbewegung erfolgte durch die in Berlin erstatteten Gutachten der amerikanischen Sachverständigen über die Stabilisierung der Welt.

In London erfolgte dann während der Konferenz der Ministerpräsidenten die Zusammenkunft der drei amerikanischen Botschafter und des Senators Mc Cormick, der ebenso wie der Berliner Botschafter Houghlan in Berlin mit dem Reichskanzler und mit dem Außenminister in Verbindung genommen hatte, und wobei Mc Cormick eine amerikanische Erklärung erst dann in Aussicht stellte, wenn sich der Grundgedanke J. P. Morgans vom Juni d. J. durchsetzen habe.

Es ist niemals davon die Rede gewesen, daß die amerikanische Regierung eine Anleihe gewähre. Was die amerikanische Regierung in dieser augenblicklichen Lage tun kann, ist nichts anderes als den Anstrengungen, die europäische Lage ins Gleichgewicht zu bringen, ihre Unterstützung zu gewähren, falls wirtschaftliche Maßnahmen der amerikanischen Hochfinanz, die von der Standpunkt der amerikanischen Hochfinanz, die von Morgans auch dem deutschen Botschafter Wieblich gegenüber zum Ausdruck gebracht wurde, läßt sich dahin zusammenschließen, daß die amerikanische Regierung unter der Voraussetzung zu heißen, daß drei Bedingungen erfüllt werden:

- 1. Die Sicherheit, daß die Gelder, die aus Amerika fließen, nicht für militärische Zwecke Verwendung finden.
2. Daß die Völker, die durch den Versailler Vertrag auf dem deutschen Staatsvermögen ruhen, zugunsten einer solchen großen internationalen Anleihe den Vorrang erhalten.
Daneben und darüber hinaus würde es Amerika begrüßen, wenn durch eine feierliche Erklärung der deutschen Regierung nochmals bestätigt würde, daß ihre alle aggressiven militärischen Absichten fernliegen, und außerdem daß die deutsche Regierung auch nach die Erklärung abgibt, daß sie sich bei der gegenwärtigen geographischen Lage endgültig beruhigt.

Die amerikanische Regierung hat nach Rücksprache mit Morgans einen

Faßter nach Paris ausgestellt, um festzustellen, in welcher Form Poincaré geneigt sei, außer dem Verzicht auf die Ruhrbesetzung auch noch die Erklärung abzugeben, wonach Frankreich seine erste Hypothek auf das deutsche Eigentum zugunsten einer großen internationalen Anleihe in eine zweite Hypothek zu vermindern gedenkt. Frankreich scheint noch nicht entschlossen zu sein, der neuen Anleihe, die auch seinen eigenen Finanzen zugute kommen soll, den Vorrang einzuräumen, und das ist der eigentliche Kernpunkt der ganzen Frage. Es ist möglich, daß Poincaré hinsichtlich dieser beiden Fragen die diesbezüglichen Erklärungen nicht abgegeben gewillt ist, und er einem nachfolger Platz machen muß.

Am die internationale Wirtschaftskonferenz Das „Echo“ veröffentlicht folgende Nachricht: Wie wir es schon gesagt haben, hat die Regierung der Vereinigten Staaten in keiner ihrer amtlichen Mitteilungen ein unmittelbares Eingreifen in der Reparationsfrage in Aussicht gestellt, die ihr von einem Teil der Presse zugesprochen werden. Aber im Laufe verschiedener Unterhaltungen und, ohne seinen Gedanken eine sehr klare Form zu geben, hat Staatssekretär Hughes Gelegenheit gehabt, seine Ansicht über das Verfahren auszusprechen, das am vortheilhaftesten anzuwenden werden könnte, um der augenblicklichen Schwierigkeiten Herr zu werden. So hat er von einer Wirtschaft- und Finanzkonferenz gesprochen, an der nicht nur die ehemals kriegsführenden Staaten, sondern auch die neutralen Staaten teilnehmen sollen, die einen unparteiischen Gerichtshof einsetzen könnten, dessen Aufgabe es sei, objektiv und wissenschaftlich die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen.

Die Interpellationsdebatte im französischen Senat verflohen Das „Echo de Paris“ glaubt zu wissen, daß die für Donnerstag im Senat anstehende Interpellationsdebatte über die äußere Politik nicht stattfinden wird, sondern um acht Tage verschoben würde. Dieser Umstand beweist, daß der Senat eine tiefere Kenntnis über die Verhandlungen zwischen Hughes und Poincaré hat und diese Verhandlungen nicht zu hören wünscht.

Der „Herald“ erklärt sich öffentlich zugunsten einer amerikanischen Anleihe an Deutschland, und zwar aus folgenden Gründen: Die Deutschen jammern in der ganzen Welt, daß sie sich in tiefstem Elend befinden. Mit dieser „Propaganda“ müssen sie lauthörig, wenn sie endlich das amerikanische Geld betämen. Wir können uns nichts Besseres wünschen, als daß die Amerikaner den Deutschen endlich das Geld geben. Es wäre endlich Ruhe und wir wären in der Lage, mit unserm Schuldner endgültig abzurechnen. Hier scheint ein Versuch gemacht zu werden, die öffentliche Meinung neu zu orientieren.

Auslöschung für Einigkeit unter den Alliierten Die „Agence Havas“ veröffentlicht folgende Note der „Agence Havas“: Es ist sehr wenig wahrscheinlich, daß sich Russell noch Paris begeben wird, wenn nicht die diplomatischen Vorbereitungen der Konferenz auf einem Punkt angelangt sind, daß sich die Herstellung von Einigkeit unter den Alliierten als sicher voraussagen läßt.

Ein neues Druckmittel auf Bayern Admiral Degen veröffentlicht Eindrücke, die er auf einer Rheinreise erhielt, im „Journal“. Er interessiert sich hauptsächlich für die Frage, welche wirksame Druckmittel gegen das ententfreundliche Bayern angewendet werden könnten. Sein Vorschlag geht dahin, daß man die Wiederholung von Zwischenfällen, wie sie sich in Ingolstadt und Passau ereigneten, den Kohlenverkehr nach Bayern einfach unterbinden müsse. Diese Maßnahme würde sich in Düsseldorf treffen lassen. Die Verschöpfung der Ruhrwerke nach Bayern würde durch Absperrung des Rheins unmöglich. Wirklich ein Geniekind, dieser Herr Admiral, der, wie es scheint, sich immer noch im Krieg mit Deutschland zu befinden glaubt!

Die Berliner Beratungen

Berlin, 20. Dez. (Von uns. Berl. Büro.) Die Sachverständigen-Besprechungen in der Reichskanzlei gehen nach wie vor weiter und zwar gruppenweise. Das Finanzministerium bespricht die einschlägigen Fragen mit den Vertretern der Banken und der Industrie, das Reichswirtschaftsministerium verhandelt mit den Vertretern des Handwerks, des Handels und der Gewerkschaften. Es handelt sich dabei immer noch um Vorbesprechungen. Pläne in fester Form bestehen z. Zt. noch nicht, und es ist auch nicht zu erwarten, daß vor Weihnachten Neues, Entscheidendes beschlossen werden wird.

Zu den Besprechungen sind auch Vertreter der drei Gruppen der Gewerkschaften geladen worden. Wenn bisher nicht alle Vertreter dieser drei Gruppen gedrückt worden sind, so lag das daran, daß die eingeladenen Herren verhindert waren, zu erscheinen. Die ständige Entzerrung des „Bordwärts“ ist also, wie wir bereits feststellen konnten, durchaus unbegründet.

Von einer Pariser Mission des Hamburger Bankiers Reichsior, die wir von vornherein als unwahrscheinlich bezeichneten, ist an amtlicher Stelle nichts bekannt. Man hat gesagt, daß die deutsche Regierung dem amerikanischen Vorschlag, eine internationale Bankierkonferenz einzuberufen, bereits zugestimmt hat. In offiziellen Kreisen ist dies, wie wir hören, nicht geschehen; doch werde die deutsche Regierung voraussichtlich keine Bedenken tragen, einem solchen Vorschlag zuzustimmen, wenn er an sie herangetragen würde.

Die belgischen Nationalisten und der Rhein

Poincarés Kammererklärungen haben in der annerkennungsbewegten belgischen Presse einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Der französische Ministerpräsident hätte bei den führenden Männern des belgischen „Comité de politique nationale“ keine Gnade gefunden. Das Blatt „Nation Belge“ greift Poincaré scharf an, weil er die Ruhrbesetzung nicht als bewachtend angestanden hat. Es stellt dem Pariser Kabinettschef nur noch wenige Wochen Lebenszeit aus, denn — so glaubt das Blatt — der Bloed werde sich nicht mehr lange durch die Besprechungen des Ministerpräsidenten, der eine aktive Reparationspolitik versprochen, hinhalten lassen. In dem Wochenblatt „Politique“ rechnet Rothomb mit Poincaré wegen der „schändlichen“ Antwort ab, die der Ministerpräsident dem Herrn Lloyd George gegeben habe. Rothomb erklärt, daß Poincaré gerade die Ausführungen Lloyd Georges hätte benutzen müssen, um die Rheinlandpolitik Frankreichs und Belgiens gründlich auseinanderzusetzen. Ja, es ist richtig — so schreibt er —, daß die Rheinprovinzen von Preußen losmachen müssen. Weshalb stellte es Poincaré in Abrede? Aus Schwäche? Dann müge er gehen und einem anderen Manne Platz machen. Aus Politik? Auch das war ein Fehler, denn ohne eine richtige Rheinlandpolitik gibt es keine Ruhrpolitik. Beides gehört zusammen. Poincaré hat seinem Lande einen furchtbaren Schaden gemacht. Er enttäuschte die rheinischen Sonderbündler in Bonn. Rothomb verlangt von den französischen und belgischen Rheinlandsfreunden, daß sie keine andere Politik befürworten mögen, als die der „occupation en profondeur“ (Besetzung in die Tiefe).

Erhöhung des Preises des Umlagegetreides

Die Reichsregierung hat beschlossen, den Preis des dritten Sechstels der Getreideumlage auf 165 000 M für die Tonne Roggen mit den entsprechenden Abtufungen für die anderen Getreidearten festzusetzen. Wichtigkeit wurde beigemessen, eine Vorlage einzubringen, wonach der Endtermin für die Ablieferung des Umlagegetreides vom 15. April auf den 15. März zurückverlegt wird. Zur Erläuterung und Begründung dieser Preis-erhöhung führte der neue Ernährungsminister Dr. Lütke vor Preisvertretern aus:

Die Regierung erwartet, daß die Landwirte aus dieser sehr erheblichen Steigerung gegenüber den bisherigen Preisfestsetzungen erkennen, daß die Regierung entschlossen ist, ihnen die wirtschaftliche Grundlage zu einer vollen Ausnutzung ihrer Kräfte auch für die kommende Ernte zu gewährleisten. Der möglichst baldigen Ueberführung der diesjährigen Ernte in die öffentliche Hand sollte die beabsichtigte Rückverlegung des Ablieferungsstermins für das Umlagegetreide dienen. Die Regierung hegt ferner die Erwartung, daß die Verbraucher, deren eigenes Interesse die Ablieferung des Umlagegetreides und die Vorbereitung der nächstjährigen Ernte ist, der Notwendigkeit einer Preisfestsetzung verständnis entgegenbringen, die den Landwirt allgemein in die Lage versetzt, seine hauswirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen. Die Regierung hat auch Schritte getan, um den Erud der Mitte Januar zu erwartenden Preissteigerung unter Berücksichtigung der gesamten dann obwaltenden Gebührensverhältnisse zunächst zu erleichtern. Der neue Abgabepreis der Reichsgetreidestelle kann aber noch nicht angegeben werden, da dabei mancherlei noch unbekannte Umstände mitsprechen.

Die Getreidepreiserhöhung für sich allein, wird nur etwa eine Steigerung des Brotpreises um zwei Drittel des bisherigen Preispreises nach sich ziehen, da sich der Brotpreis auch nach dem Preise des zu einem erheblichen Teil bereits ermorbenen Auslandsgetreides, den Frachtskosten und sonstigen Verarbeitungs-kosten usw. richtet. Weiter soll neben den Maßnahmen für Beamte und sonstige öffentlich Bedienstete auch Vorkehrungen getroffen werden, um den Sozialrentnern und anderen aus sozialen Gründen zu Beträuben im Rahmen des Januargeldwertes die Wirkungen der Getreidepreiserhöhung zu erleichtern, die im wohlverstandenen Gesamtinteresse unseres Volkes nicht zu umgehen war.

Der irische Senat hat am Dienstag die erste seit mehr als 100 Jahren einem irischen Parlament vorgelegte Gesetzesvorlage angenommen.

Polen und Rußland. Der polnische Vertreter bei der Sowjetregierung Knoll besichtigte sich auf seinen Posten nach Rostau zurück. Der Sozialist wegen der Anerkennung des russischen Vertreters in Warschau, Obolenski, hat damit seine Erledigung gefunden.

Keine Degradierung der Siegesjulen-Mentale. Der Reichspräsident hat die ihm von dem Ausschuss für vorgeschlagene Amnestierung der Verurteilten des Anschlages auf die Siegesjulen in Berlin, die bis jetzt Zuchthausstrafen von anderthalb Jahren verbüßen, abgelehnt.

Regierung und Revision

Von Präsident v. Glaser.

In der Programmrede des neuen Reichskanzlers hieß es: „Das Wort: Erst Brot, dann Reparationen, fügt die Politik der alten und neuen Regierung ohne Bruch ineinander“. Die Erkenntnis, daß die Lebensmittelforschung des deutschen Volkes der Zahlung von Reparationen unbedingt vorangehen muß, ist von der Regierung nicht erst recht spät gekommen; das Wort „Erst Brot, dann Reparationen“ hat der Reichskanzler nicht erst im Laufe des letzten Sommers ausgesprochen, bis dahin lebte er anscheinend nur im Wahne der Erfüllungspolitik. Auch seine ganze Stellungnahme zum Versailler Diktat erschöpfte sich fast bis zuletzt in der Verfolgung des unmöglichen Zieles der Erfüllung. Selbst in der Erörterung der Schuldfrage, die den Ausgangspunkt für die Revision des Friedensvertrages bildet, ging er konsequent aus dem Wege; das im September d. J. ausländischen Vertretern gewährte Interimverbot als Ausnahme nur die Regel. Auch gelegentliche Verlautbarungen einzelner Reichsminister konnten an dem Gesamtgebilde nichts ändern, dem Ministerium nicht fehlte es vollständig an einer einheitlichen Auffassung, wie an einem einheitlichen Vorgehen in der Frage der Revision des Friedensvertrages.

Umso mehr darf die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die neue Regierung in dieser entscheidenden politischen Frage eine andere Stellung einnehmen wird. In der Programmrede wird das Diktat von Versailles als ein Vertrag bezeichnet, „der mit einem rechtsgültig geschlossenen Vorvertrag nicht im Einklang stand“. Diese Kennzeichnung ist zweifellos zutreffend; es ergibt sich daraus aber auch, daß der Friedensvertrag, soweit er mit dem auf der Grundlage des Wilson-Programmes abgeschlossenen Vorvertrag nicht im Einklang steht, rechtswidrig ist. Weiter heißt es in der Rede des Reichskanzlers: „So wenig die tragische Frage der Schuld am Weltkriege für das richtige Gewissen der Weltgeschichte durch irgend ein geschriebenes Wort entschieden werden kann, ebensowenig kann es für uns, den Titel des verlorenen, nicht verschuldeten Krieges zu leugnen. Die Regierung betrachtet es als ihre Pflicht, ohne jegliches Säumen alles beizutragen, was ein gerechtes Urteil über die Schuldfrage herbeiführen kann.“ Bemerkenswert hierbei ist, daß der Krieg als verloren, aber ausdrücklich nicht als verschuldet bezeichnet wird; darin liegt eine bestimmte Abwehr gegen die Schuldfrage. Wenn die Regierung alles beitragen will, um ein gerechtes Urteil über die Schuldfrage herbeizuführen, so wird sie in allen Volksteilen allgemeine Zustimmung dazu finden. Je weiter die Klärung in der Schuldfrage fortschreitet, je weiterher die Staatsarchie in Deutschland, Österreich und Rußland geöffnet werden, umso klarer ergibt sich der Gehalt der Archive der Gegner die Schuld der Ententeeregierungen am Weltkriege. Wenn aber das Fundament des Versailler Vertrages erschüttert ist, so ist die Notwendigkeit einer durchgreifenden Revision von selbst gegeben.

Die Revisionsfrage darf ebensowenig wie die Schuldfrage unter innerpolitischen Gesichtspunkten behandelt werden, sie ist eine Angelegenheit der auswärtigen Politik unter dem Ministerium. Die Politik, welche die auswärtige Politik unter dem Ministerium nicht spielen darf, wird von der neuen Regierung nicht fortgesetzt werden. Wie sehr die Außenpolitik in den Hintergrund getreten war, ergab sich schon daraus, daß zeitweise und wiederholt ein Minister des Auswärtigen im Hauptamt nicht mehr vorhanden war. Wir waren aber nur noch Objekt, nicht mehr Subjekt der internationalen Politik, und die deutsche Regierung unterließ die Erfüllung ihrer Pflichten und Schwäche. Es gab kaum eine Forderung der Entente, die nicht ganz oder teilweise erfüllt worden wäre, auch wenn unsere Ehre dadurch getroffen wurde. Mit dieser eines großen Volkes unwürdigen Politik wird jetzt gebrochen werden. Das zeigt sich schon in der Haltung der Regierung zu der unerhörten Schändelung für die Vorfälle in Ingolstadt, Passau und Stuttgart. Der Reichskanzler Cuno hat aber auch schon einen bemerkenswerten Erfolg dadurch erzielt, daß die Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus dem besetzten Gebiet auf seine Initiative in dieser kritischen Zeit ausgeführt worden ist. Diese Maßnahme stellt sich als ein deutlicher Gegenstoß gegen die Kaupläne Poincarés dar.

Auch in der Revisionsfrage wird ein praktischer Erfolg sich wohl nur mit Hilfe der Vereinigten Staaten erreichen lassen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die amerikanische Regierung aus ihrer bisherigen Zurückhaltung gegenüber der europäischen Politik heraustritt, wofür bestimmte Anzeichen ja jetzt vorliegen. Von großer Bedeutung ist natürlich auch die Volksstimmung. Daß auch hierin neuerdings ein Umschwung zu unseren Gunsten eingetreten ist, zeigt sich deutlich in dem ausfallenden Fiasko, das Clemenceau mit seinen Werbevorträgen in Amerika erlitt hat. Dieser Umschwung ist besonders der Aufklärungsarbeit der Deutschamerikaner zu verdanken, die wieder durch eine umfassende Aufklärungsarbeit privater Kreise von Deutschland unterstützt wird. Über gerade von deutschfreundlichen Amerikanern ist öfters darauf hingewiesen, daß der Kampf gegen die Schuldfrage und gegen das Diktat von Versailles in den Vereinigten Staaten mit viel größerem Erfolge geführt werden könne, wenn die deutsche Regierung sich dabei an die Spitze stellen und die Aufklärungsarbeit leiten würde. Diese Auffassung wird auch von hervorragenden Männern in England, wie Keynes und Mores, geteilt, die ebenfalls die Revision des Friedensvertrages für das entscheidende Mittel halten, um aus der allgemeinen Not endgültig herauszukommen. Wenn die neue Regierung die Führung im Kampfe gegen Versailles übernimmt, wenn sie in der Revisionsfrage entschlossen die Initiative ergreift, dann wird sie in Deutschland auch überall das Vertrauen finden, das der Reichskanzler mit Recht in den Vordergrund gestellt hat. Dann wird sich auch die außenpolitische Einheitsfront herausbilden, die uns fast ebenso nützt, wie das tägliche Brot.

Krisenluft in Lausanne

Der scharfe Widerstand der türkischen und russischen Abordnungen in der Frage der Meerengen, über den wir bereits berichtet haben, hat jetzt zu zahlreichen Gerüchten über den bevorstehenden Abbruch der Lausanner Konferenz Anlaß gegeben. So soll ein Mitglied der türkischen Delegation am Dienstagabend erklärt haben, die Konferenz sei in ihren kritischen Augenblick eingetreten; wenn man bis zu einer bestimmten Frist den türkischen Vorschlägen nicht gerecht würde, so würden die Türken die Verhandlungen abbrechen, denn es gebe um den Bestand der Türkei.

Andererseits rechnet man bestimmt damit, daß die Konferenz von Lausanne ihre Arbeiten während der Weihnachtstagespause 1921-22 bis gegen Ende Januar togen wird. Curzon wird wahrscheinlich bis zum Ende der Konferenz in Lausanne bleiben.

Generalsoboth von Volkas, der früher langjährig Generaladjutant Kaiser Franz Joseph I. und Chef der Militärkanzlei, ist in Baden bei Wien im 85. Lebensjahre gestorben.

Im württembergischen Landtag billigten die Regierungsparteien und die Deutsche Volkspartei das Vorgehen der Regierung gegen die Nationalsozialisten.

Die Kreditnot der Landwirtschaft

Die Geldentwertung hat es mit sich gebracht, daß alle Gewerbs immer mehr unter einer katastrophalen Kreditnot zu leiden haben, besonders die Landwirtschaft. Denn jeder Rückgang ihrer Leistungsfähigkeit bedeutet eine Vermehrung der Ernährungsschwierigkeiten. Um Klarheit über diese Fragen zu schaffen, tagte der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei für Landwirtschaft am 12. Dezember in Berlin und kam nach eingehenden Beratungen im Anschluß an ein Referat des Direktors der Pr. Hauptlandwirtschaftskammer Dr. v. Mikrod zu folgendem Ergebnis:

Die Kreditnot der Landwirtschaft ist darauf zurückzuführen, daß ihr nicht die nötigen Mittel aus den laufenden Einnahmen zufließen, um die für die Bestellung, insbesondere für die Kopfdüngung notwendigen Düngemittel einzukaufen. Wesentliches als die Frage einer vermehrten Einfuhr von Chile-Salpeter und einer Steigerung der heimischen Düngemittelproduktion ist die Frage, ob die Landwirtschaft überhaupt die vorhandenen Düngemittel fernertreiben wird. Infolge der allgemeinen Geldentwertung ist die Nachfrage nach Düngemitteln für das nächste Wirtschaftsjahr weitgehend 500 Millionen Mark höher als im Jahre 1921. Dabei werden für das erste Drittel der Getreidemenge noch nicht 24 Milliarden gezahlt. Kennzeichnend für den freien Verkehr sind wegen der schlechten Ernte nicht zur Verfügung. Der Getreidebau bildet aber immer die Grundlage der landwirtschaftlichen Betriebsführung. Aus diesem Grunde ist die Allgemeinheit an der Frage der Kreditbeschaffung durchaus interessiert, weil eine schwere Gefahr für die nächste Ernte droht.

Die Landbesitzer und sonstigen öffentlichen Kreditinstitute sind bei der geringen Erhöhung der Belastungsgrenzen nicht im Einklang mit der Lage, den Ansprüchen an Realrediten zu genügen. Auch die Beschaffung von ausreichendem Betriebskredit, der infolge der allgemeinen Geldentwertung eine erhebliche höhere Bedeutung als vor dem Kriege erlangt hat und der in der Hauptsache auf genossenschaftlichen Wege beschaffen werden mußte, genügt bei weitem nicht mehr den Bedürfnissen. Kurzfristiger Bankkredit kommt für die Landwirtschaft wegen ihrer Eigenart kaum in Frage, weil kein schneller Warenumschlag möglich ist.

Die wichtigste Quelle der Befriedigung des Betriebskreditbedarfs bedeuten immer noch die über 3500 ländlichen Genossenschaften. Sie müssen darauf bedacht sein, Kredite wirklich nur für produktive Zwecke zu gewähren. Sie müssen ihre Geschäftsanteile in den Anzeigern der Geldentwertung bei weitem erhöhen. Von den Bankrenten dagegen wird erwartet werden, daß sie alle flüssigen Gelder nur an die Genossenschaften abfließen. Zur gänzlichen Befriedigung der Geldbedürfnisse muß die Wiedereinführung des Bankgeheimnisses und die Aufhebung des Depotzwanges gefordert werden. Staatliche Kredite sind unentbehrlich. Der in Aussicht gestellte Reichskredit muß zu einer möglichst weitgehenden Befriedigung des Düngemittelbedarfes verwendet werden. Des weiteren müssen die Mittel bei der Bezahlung des Umlagezinses und des Zinses, die viel zu spät erfolgt, befreit werden. Von der Reichsbank ist zu verlangen, daß die Lombardierung des Zinses bei den Kassen erleichtert wird.

Eine wesentliche Hilfe ist nur dadurch herbeizuführen, daß die landwirtschaftlichen Erzeugnisse so bezahlt werden, daß es der Landwirtschaft möglich ist, wie früher ihre Betriebsführung in der Hauptsache aus den laufenden Einnahmen zu erhalten. Diese Frage spielt bei der neuen Regelung der Getreidepreise die wesentlichste Rolle. Es gilt also, hier nicht wieder kurzfristigen Forderungen der Straße nachzugeben, sondern weitestgehende Produktionspolitik zu treiben. Die Ueberwindung der Zwangswirtschaft hat dem deutschen Verbraucher bisher nur eine ganz unvollständige Befriedigung des Brotes gebracht, dagegen die Produktion und damit die Ernährung der Zukunft auf das Schwerste bedroht.

Der gemeinnützige Wohnungsbau

hat infolge der Umstände, daß ihm von Reich, Staat und Gemeinde nicht im ausreichenden Maße die Mittel zur Durchführung großzügiger Pläne zur Verfügung gestellt werden können, unter immer größeren Schwierigkeiten zu leiden. Diese Schwierigkeiten sind nunmehr ihre Tätigkeit heraus zu stellen. In Berlin wird die Aufstellung betriebl. der die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues am besten von einzelnen Ländern übertragen nicht, daß es bedenklich wäre, infolge der außerordentlichen Beschleunigung innerhalb der Länder eine reichsweite Regelung zu legen. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wurde dieser Tage eine Besprechung über den vom Wohnungsamt des Reichsausschusses gemachten Vorschlag abgehalten. Danach ist zu möglichen Teilen aus den Staatswaldungen für den gemeinnützigen Wohnungsbau bereit zu stellen. Die anwesenden Vertreter des Wohnungsausschusses des Reichsausschusses, der Reichsvereinigungen der Länder und des Reichsausschusses erklärten sich aus den eingangs erwähnten Gründen einstimmig

gegen die reichsweite Regelung der Bauhofabgabe, sprachen aber ihre Bereitwilligkeit aus, bei ihren Regierungen auf die Verpflichtung hinzuwirken, daß, soweit es noch nicht geschehen, bei der Aufholwertsetzung aus Staats- und Kommunalwaldungen auf Deckung des Bedarfs für gemeinnützige Wohnungsbauten besondere Rücksicht genommen wird und, soweit das Holz nicht zu Vorzugspreisen, sondern zu jeweiligen Marktpreisen abgegeben wird, für die Verbilligung des Holzes besondere Zusätze gewährt werden. Die Verammlung gab ferner der Ansicht Ausdruck, daß auch der Privatwald zu Bauhofabgaben herangezogen werden müsse, daß aber bei der Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Ländern die Regelung am besten ebenfalls in den Händen der letzteren verbleibe.

Am 11. Dezember hat sich dann der Wohnungsausschuß des Reichsausschusses ebenfalls mit den vorstehenden Fragen befaßt; auch er kam in seiner überwindlichen Mehrheit unter Anerkennung der Leistungen der Länder zu dem Schluß, daß es bei der Verschiedenheit der Verhältnisse nicht zweckmäßig sei, anstelle der bestehenden Regelung innerhalb der einzelnen Länder eine reichsweite Regelung zu setzen. Der Wohnungsausschuß hat deswegen davon abgesehen zu bitten, den Erfolg eines Reichsgesetzes über die Abgabe von Bauholz für den gemeinnützigen Wohnungsbau ins Auge zu fassen. Er hat jedoch der Frage eine eingehendere Untersuchung gefordert, nach welcher der Reichsausschuss die Reichsregierung ersuchen soll, auf die Länder und Gemeinden einzutreten, den gemeinnützigen Wohnungsbau durch verbilligte Bereitstellung von Bauholz aus staatlichen, kommunalen und privaten Waldungen zu fördern; im Interesse einer einigermaßen ausreichenden Wirkung hält der Ausschuss es für geboten, daß ein fester Holzpreis, etwa das hundertfache des Friedenspreises, für 5 Prozent des Holzpreises auf Grund gelegt wird, zumal die Anfänge und Aufarbeitung des Holzes eine weitere Steigerung des Bauholzes nach sich zieht, die das dreihundertfache des Friedenspreises wahrscheinlich übersteigen wird.

Die Ausführungen, die in der Berliner Sitzung der Vertreter der Länder gemacht wurden, haben gezeigt, daß die einzelnen Staaten in den abgelaufenen Jahren durch Bereitstellung von Bauholz durchweg viel mehr als allgemein bekannt ist, für den gemeinnützigen Wohnungsbau getan haben. So hat, um nur einige Länder anzuführen, Preußen alljährlich erhebliche Mengen Bauholz zur Verfügung gestellt (durchweg 150 000 Festmeter), das Holz zu Marktpreisen überwiesen, den Kaufpreis aber etwa 10 Monate gestundet und gleichzeitig eine Rückvergütung für jeden Festmeter verkauften Holzes gewährt; die Rückvergütung soll nach dem neuesten Vorschlag ein Drittel des Rohholzpreises betragen. In fast gleicher Weise hat Bayern vorgefahren. Württemberg hat alljährlich mindestens 100 000 Festmeter Bauholz bereitgestellt und der Bauhofstelle zu einem Preise überlassen, der etwa 75 Prozent des Durchschnittspreises der zwei letzten dem Verkaufslage vorausgehenden Monate betrug. In Hessen wird Bauholz an Gemeinde- und gemeinnützige Bauunternehmungen freihändig abgegeben; die Abgabe erfolgt im allgemeinen zum Marktpreise, der jedoch um 30 Prozent ermäßigt wird, wenn es sich um Abgabe an Vorberemittelte handelt. In Thüringen wird Bauholz an Gemeinde- und Baugenossenschaften sowie an bedürftige Privats abgeben, wenn Vorkauf zum Preise von 1000-2000 M je Festmeter. Bestimmungen ähnlicher Art sind von einer Reihe anderer Länder getroffen worden.

Die Bekleidungsindustrie in Baden

Die von Staatlichen Landesamt veröffentlichten Untersuchungen über die badische Textilindustrie befaßt sich in der neuesten Nummer der Staatlichen Mitteilungen auch mit der Bekleidungsindustrie. In ihr ist nach wie vor dem Kriege der kleingewerbliche Betrieb vorherrschend, die Fabrik bildet die Ausnahme. Sehr verbreitet ist noch die Heimarbeit. Inner Ausgrenzung der Trikotfabriken, sowie der Schuh- und Handschuhfabriken, welche bereits früher im Zusammenhang mit der Textil- und Lederindustrie behandelt worden sind, verbleiben nach dem Stand am Schluß des Jahres 1920 etwa noch 120 Betriebe mit 10 und mehr Arbeitern, in denen insgesamt — ohne Heimarbeit — 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt waren. Unter den Fabriken überwiegt die Kleinfabrik. Betriebe mit mehr als 100 Arbeitern sind nur 4 mit insgesamt 900 Arbeitern und Arbeiterinnen ermittelt worden. Nahezu zwei Drittel von den 120 Betrieben mit an 2000 Arbeitern und Arbeiterinnen betreiben die Häherel- und Kleidermaderel, Wäherel und Kleiderkonfektion.

Eine Mannheimer Fabrikfirma der Wäherelindustrie stellt wesentliche Textilfabrikate her. Im übrigen befaßt sich die Bekleidungsindustrie in der Hauptsache mit der Herstellung von Pelzen- und Sommerkleidung. Teilweise sind die Betriebe auf Aussteuer- oder Herrenwäsche beschränkt. Spezialbetriebe sind eine Mannheimer Wäherel- und Spezialberufswäsche (Wäschebetriebe) her, eine andere Fabrik Kleidermaderel usw.

In der Kleiderindustrie arbeiten verschiedentlich auch große Fabrikbetriebe in gewissem Umfange auf Lager. Die eigentlichen Kleiderbetriebe führen mitunter die Bezeichnung „Mechanische Kleiderfabriken“. Einzelne Firmen in Mannheim und Heidelberg stellen nur Herren- und Knaben-Wäsche (Korsetts) her. Der Rückgang der Kleiderbetriebeindustrie nach dem Kriege hat verschiedene frühere Firmen in Karlsruhe, Mannheim und Konstanz veranlaßt, sich auf die Herstellung von Herren- und Knabenkonfektion, sowie von Beamtenuniformen u. Arbeitskleidern einzustellen. Außer in Karlsruhe und Mannheim ist die Berufs- und Arbeitskleidungsindustrie insbesondere noch in Mannheim, Pforzheim und im Konstanzbezirk fabrikmäßig vertreten; auch die Abteilung für Berufs- und Sportkleidung einer Konstanz Grobfirma war früher als Kleiderausstattung eingestellt. Stark in Aufnahme gekommen ist die Herstellung von Sportkleidung, mit ihr befaßt sich u. a. auch Sportartikelbetriebe (Mannheim, Karlsruhe usw.). Blusen- und Schürzenfabriken gibt es in Mannheim und im Bezirk Pforzheim, bes. stellt eine Fabrik für Herren- und Damenwäsche in Pforzheim Blusen und Schürzen her.

Die Tuchmaderel beschäftigt in größeren Betrieben mit 10 und mehr Arbeitern bzw. Arbeiterinnen (10) rund 350 Personen. Die größten Tuchmaderelbetriebe betreiben sich hauptsächlich auf die Städte Konstanz, Freiburg, Karlsruhe, Pforzheim, Heidelberg und Mannheim. Eine Spezialindustrie des Landes befaßt sich mit der Anfertigung von künstlichen Blumen, und hat ihren Sitz hauptsächlich in Pforzheim (4 Fabriken) und im Umkreisgebiet Buchen (Walden u. 9 Fabriken). Die Industrie beschäftigt ohne Heimarbeit etwa 600 Personen. Neben Brau- und Kommunikationsbetrieben werden künstliche Groß- (Perf-)Korsetts hergestellt. Was die Hutindustrie angeht, so befindet sich eine bedeutende Haartuchfabrik in Heidelberg, außerdem gibt es noch einige kleinere Haartuchfabriken (Haut- und Hut-)betriebe, verschiedentlich auch „Wäschebetriebe“, genannt. Unspezifische für Herren- und Damenwäsche, die sich auch mit der Färbung und Reinigung von Wollwaren befassen, gibt es allenthalben in den größeren Städten. Es wurden deren an 20 im Lande ermittelt; meistens sind es Betriebe kleineren Umfangs, die sich bisweilen auch aufarbeiten nennen. Von der letzteren sehr ausgedehnten Strohhutmaderel des Hochschwarzwaldes ist unter dem Druck der ausländischen Konkurrenz nur wenig übrig geblieben; zur Zeit bestehen im Schwarzwald noch 3 Strohhutmaderel in den Kreisen Lemberg und Wolfach. Die Pelzwarenindustrie ist außer durch eine Reihe von Großbetrieben durch eine Pelzwarenfabrik in Konstanz vertreten. Eine Krawattenfabrik, die gegenwärtig hauptsächlich für den Export arbeitet, befindet sich in Freiburg. Holentwerferbetriebe in Mannheim und Haidach. Mehrere Korsettfabriken sind in Mannheim, eine derselben, die gleichzeitig Wäschebetriebe ist, beschäftigt mehrere Hundert Arbeiter und Arbeiterinnen. In Schwetzingen befindet sich eine Fabrik für moderne Haarkonfektion, eine Haartuchfabrik in Mannheim. P.A.

Letzte Meldungen

Heidelberg, 20. Dez. Die Philosophische und Juristische Fakultät der Universität Heidelberg haben aus Anlaß der Schaffung der neuen akademischen Würde des Doktors der Staatswissenschaften (Dr. rer. pol.) die folgenden hervorragenden Männer des wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens zu Ehrendoktoren (Dr. rer. pol. honoris causa) ernannt: Professor Dr. Friedrich Knapp zu Darmstadt (früher in Straßburg), Geheimrat Prof. Dr. Hugo Brentano in Wien, in Wien, den österreichischen Staatsminister a. D. Geh. Rat Prof. Dr. Franz Klein in Wien, Prof. Dr. Ludo Hartmann in Wien, Kommerzienrat Hermann Köhling in Heidelberg, Prof. Robert Douglas auf Schloss Langenstein, Vorstand Dr. Bennis Well in Mannheim, Kommerzienrat Stiegeler in Konstanz.

Wachen, 20. Dez. Die Leiche des ermordeten Präsidenten Karutowitsch ist gestern vom Schloss Wachen nach dem Königsloch überführt worden und ist nun feierlich aufgebahrt. Im ganzen Lande haben Kronerkundgebungen stattgefunden.

Bern, 20. Dez. Der Nationalrat hat die Anträge des Bundesrats nach dem Bericht des Generals Wille über den aktiven Dienst während des Krieges angenommen. Der Bericht des Generals wird dem Bundesrat zur Verwendung bei der Neuordnung des Heeres weisung überwiesen. Der Nationalrat lehnte den Antrag auf Wahl des Generals durch den Bundesrat ab.

Deag, 20. Dez. Laut Gesco Slowo hat sich in Weidenberg eine Hörschule für Faschinenorganisation gebildet, die das Militär und die Genarmierte überbrückt.

Christiania, 20. Dez. Der Kopenhagener Buchhändler Erichsen teilte dem Nobelpreiskomitee mit, daß er in Erinnerung der Arbeiten Friedrich Ransens den dem Friedenspreis entsprechenden Betrag von 122 000 dänischen Kronen zur Verfügung stelle, die Ranten zu teil werden sollen.

Die lachende Maske

Roman von Paul Oskar Häcker
Copyright by S. Engelhorn's Nachf.

(Fortsetzung) (Nachdruck verboten)

„Ich hätte eben ja festestes Vertrauen... Aber der gesunde Menschenverstand muß doch jedem sagen, daß ich in den paar Jahren nicht neunzigtausend Mark aufgebracht habe — und daß ich Annos Vermögen in derselben Zeit nicht um den dritten Teil vergrößert haben kann!“

Der Geheimrat hob die Achseln und seufzte. „Meine liebe, gnädige Frau, wenn Sie so bestimmt der Meinung sind, daß Sie rechtsgültige Ansprüche an den Reichsloß Ihres Schwagers haben, dann halte ich es für das einzig Richtige, daß Sie die gerichtliche Klage anstrengen.“

„Die Klage — gegen meine Schwester?“

„Und gegen mich. Jawohl.“

Kopflos sah sie da. Was ihr helfen konnte, war nur die rasche Abwendung der Klanton. Sie brauchte das Geld sofort — sie brauchte es noch heute!

„Ob mich Anna vielleicht die Summe — einstellten — leihen könnte?“ begann sie schließlich nach einer Weile, indem sie die Hände triumphal inreinander presste.

„Ausgeschlossen, gnädige Frau. Bedenken Sie: eine Klanton kann verfallen.“

„Aber ich bürge doch für ihn — und mein Mann denkt ja gar nicht daran, sich der Untersuchung zu entziehen!“

„Sie machen mir's sehr schwer, meine liebe, gnädige Frau. Ihr Herr Gemahl hat sich doch eben selber als — sehr temperamentvoll erwiesen. Er hat dem ersten lächen Impuls. Eine Gewähr für ihn können Sie also doch wohl kaum übernehmen, Feuerkopf, der er ist.“

Hella fühlte einen würgenden Schmerz in der Kehle. „Mein Mann hat sich sehr — sehr verändert. Das Schicksal hat ihn zu sehr mitgeschluckt.“

Der Geheimrat hatte einen Rundgang durch sein Arbeitszimmer gemacht. Die junge Frau douerte ihn aufrichtig. Er blieb nun mitten im Zimmer stehen. „Ich möchte nur einen einzigen Ausweg. Suchen Sie meine Cousine auf. Bistricht ist sie doch noch zu erweichen und streckt Ihnen die erforderliche Summe vor.“

„Tante Will hat mir auf keinen meiner Briefe mehr geantwortet.“

„Ach mein! Wo sie von der Verhaftung los, fiel sie in Ohnmacht. Frau von Kaimel hat mir die Szene geschildert. Es war ein böser Scherz für die kränkelnde alte Dame. Aber sie hat so ein

gutes Herz, die Eggelung, möglich, daß Ihre Notlage sie nun doch rührt. Also versuchen Sie Ihre Glück.“

Die letzte schwache Hoffnung führte sie nun auf den Weg nach Herrenhausen.

Das häßliche Landhaus lag in dem tief verschneiten Garten wie ein Dornröschenschloß. In den Nordblauen, kalten Winterhimmel stiegen die hohen, vom Schnee wie überzuckerten Pyramiden der Weltkammern. Vor allen Fenstern der beiden Stockwerke zogen sich weißflächige Kästen mit winzigen, pudrigen Tännchen hin. Hella entsann sich einiger Weihnachtsfeste, die sie hier als Kind, als Badische, als Musikliebende, als junge Künstlerin verlebte hatte. Dort in dem turmartigen Gaudhaus lag das Wohnzimmer ihrer Eggelung. Darin standen noch die Möbel aus der Zeit ihrer Großmutter, schöne, alte Mahagonistühle im Biedermeierstil, wie sie eben wieder modern geworden waren. Sie schloß die Augen und hatte den Eindruck, sie atmete den feinen Lavendelduft des beglücklichen Raumes ein. An ein einziges Mal entsann sie sich, wo Klein-Anna in der Höhle des Rachehofens verbottenermaßen einen Apfel gebraten hatte. Der Geruch war in jenem Winter lange nicht aus dem Zimmer gewichen.

Hella zog die Klingel am Gartentürer.

Irgendwo in der weiteren Umgebung des Landhauses trübte ein hoher, und durch den lärmelosen Wintertag klug aus dem offenstehenden Fenster der Küche in einem Nachbargarten frühliches Lachen. Einmal tiefes Stille. Man rief den Schnee. Klare, kalte Luft machte die Küstern gefrieren.

Niemlich lange wartete Hella. Der Türhüter schien nicht zu funktionieren, denn ein Hausmädchen verließ die Wirtin und kam zum Türer, öffnete die Tür aber nicht.

„Kein, Eggelung seien leider nicht imstande, Besuch anzunehmen. Und Frau von Kaimel sei ausgefahren.“

Hella nickte stumm. Sie hatte ihre Cousine Erni im oberen Stockwerk zwischen den Schelbengardinen, die mit breiten, gelbseidenen Bändern zusammengehalten waren, wohl erkannt. Also abgesehen. Der letzte Versuch abgeblasen. Die Frau des Untersuchungsgefangenen erklärte nicht mehr für sie.

Nun begann eine Zeit der bitteren Not für Hella. Die Vormittag waren bald aufgebraucht. Auf den letzten Monatsgehalt hatte die Partei Hoppingter Beschlagnahme gelegt. Zahlungsbefehle gingen ein, eines Tages erließen der Gerichtsvollzieher, und letzte Siegel an fast alle Möbel, auch an den Hügel. Heinz beglückte die Schwägerin zum Rechtsanwalt Seyfried, der ihr in diesem Falle raten sollte, da Bernheim so leicht nicht erreichbar war. Sie mußte nachweisen, daß der Hügel schon vor der Eheschließung ihr Eigentum gewesen sei. Hieß es, und die Möbelstamma müßte intervenieren. Darüber kam es noch zu häßlichen Auseinandersetzungen mit dem Geschäftsvorsteher, der hier eine „Schlichtung“ vortierte.

Städtische Nachrichten

Die neuen Gas- und Strompreise

Der Standpunkt der Direktion der städtischen Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke

Von der Direktion der städtischen Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke erhalten wir folgende Zuschrift:

Es kosteten bzw. kosten

	1914	1922	gegen 1914 das hohe
Öl	Stück 3-4 Pfg.	86-90 Pfg.	1600-1700 %
Schmelzblei	Stk. 55	1200	2180 %
Butter	120	1800	1384 %
Zucker	20	250	1250 %
Weiß	25	500	2000 %
Kaffee	100	1500	1500 %
Kaffee	10	300	3000 %
Getreide	Stück 800	22000	2750 %
1 Peintrag	4000	50000	1250 %
1 Herrensitz	1000	12000	1200 %
1 Paar Arbeitsschuh	100	2000	2000 %
1 Kiste (Kleinstück)	100	2000	2000 %
Holz	Stk. 13	130	1000 %
Gas	Stk. 38	380	1000 %
Strom	Stk. 38	380	1000 %

Diese Darstellung zeigt, daß der Gas- und Strompreis weit unter dem Preis der notwendigen Lebensbedarfsartikel liegt. Wenn die Preise für Gas und Strom so nieder sind — unabhängig von den Folgen, die daraus für die Finanzwirtschaft der Stadt entstehen — trotzdem die Rohstoffe und die sonstigen Betriebsstoffe eine weit höhere Steigerungszahl haben, so dürfte hierdurch doch eine weit höhere Steigerungszahl haben, so dürfte hierdurch doch eine weit höhere Steigerungszahl haben...

Was nun die Vorauszahlung anbelangt, so wird durch diese nichts anderes verlangt, als was jeder Kaufmann bisher bei Bezug seiner Ware schon immer getan hat; auch die Lieferanten, die Betriebsstoffe für die Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke liefern, verlangen bei Lieferung der Ware Zahlung. Dieselbe muß sogar schon bei Bestellung eine Vorauszahlung geleistet werden. Es muß auch berücksichtigt werden, daß wenn die Rechnungen über Gas und Strom zum Einzug gelangt, bereits 14 Tage Gas- und Stromverbrauch angefallen ist. Man muß sich also vorstellen, daß bei der sprunghaften Steigerung der letzten Monate der Gas- und Strompreis im folgenden Monat immer höher war, als im vorhergehenden Monat, so ist durch die vorgenannte Vorauszahlung nicht einmal die tatsächlich erzielte Leistung der Werte bezahlt. Aber abgesehen von dieser Leistung der vorgenannte Vorauszahlung weiter noch das hieron, bezogt die vorgenannte Vorauszahlung, daß außer der Vorteilhaftigkeit für die Gas- und Stromverbraucher durch diese Vorauszahlung den Werten die Möglichkeit gegeben ist, Betriebsstoffe noch möglichst günstig einzukaufen, wodurch die Gas- und Strompreise niedriger gehalten werden können. Jeder Gas- und Stromverbraucher hat als Stadtbürger Anteil an den Gas- und Elektrizitätswerten. Gas und Strom ist ein notwendiger Lebensartikel, der Stadtbürger hat deshalb Interesse mitzubedenken, die Lieferung von Gas und Strom weiter zu sichern. Er tut dies, indem er die Vorauszahlung leistet. Würde er sie nicht leisten, so wäre der Betrieb des Gas- und Elektrizitätswerkes in Frage gestellt.

Aus diesen Ausführungen geht hervor, daß die Gas- und Stromverbraucher keinen Grund haben, gegen die ergriffene Maßnahme der vorgenannten Vorauszahlungen und die Gas- und Strompreise anzukämpfen. Sie müssen immer, wenn sie über die Gas- und Strompreise klagen wollen, die derzeitigen Preise der oben angeführten Lebensartikel gemessen mit den Friedenspreisen gegenüberstellen.

Die Direktion der städtischen Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke zieht zum Vergleich des Mannheimer Gaspreises mit demjenigen anderer Städte nur Frankfurt und Freiburg heran. Dagegen muß man sich wenden, wenn man weiß, daß in zahlreichen anderen Städten noch ungünstiger wie Mannheim und Freiburg liegen, der Gaspreis in den letzten Monaten fast hinter dem hiesigen zurückgeblieben ist. Der Anknüpfungspunkt der Frage der Gas- und Stromverlieferung ist die Änderung der Betriebsform, zu der, wie wir mitteilen, nunmehr durch die morgigen Beschlüsse der städtischen Verwaltung vorliegende Vorlage geschritten werden soll. Die Aussprache wird zeigen, ob der vom Oberbürgermeister gewählte Weg überhaupt gangbar ist.

Zum Streit in der Anilinfabrik

Bisher 14 000 Arbeiter in der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik eingestellt

Die Belegschaft der B. A. S. F. folgt reiflos dem Ruf der Gewerkschaften und der Aufforderung der Direktion der B. A. S. F. zur Wiederaufnahme der Arbeit. Bis heute mittag waren weitere 12 000 bis 13 000 Arbeiter wiederernannt. Die Arbeiterannahme erfolgt

Es gibt Leute, die ihr Leben gewissenhaft nach den Regeln der Gesundheit einrichten und doch sehr alt werden.

Wilhelm Süss

Wer in der Dessenlichkeit wirkt, muß beim 60. Geburtstag zum mindesten über sich und Bericht über sich vernehmen lassen. Wilhelm Süss war es, der sich vor kurzem dem 60. Geburtstag zuwenden konnte. Er ist ein Mann, der sich dem Leben hingibt, wie dem Leben hingibt, wie dem Leben hingibt, wie dem Leben hingibt...

Wir führen das Indirekte an: Süss' Stellung in der Kunst ist etwas durchaus Eigenartiges: ein Wiederaufnehmen eines Lebens, der sich der Romantik gerührt, hinausgehend über jede romantische Grenze hinaus, wie sie der Realismus des vergangenen Jahrhunderts verteilte. Es ist nicht das einfache Wiederaufnehmen von Romantik, sondern durch naturwissenschaftliche Mittel dargestellt, sondern nach in der Cronberger Zeit fremd erscheinende, von außen herangeführte Form wird mit eigenem Sinn durchdrungen und wird Ergebnis und Ausdruck einer individuell-trübseligen Naturveranlagung.

auch heute wie am gestrigen Tage, an dem 2000 Mann eingestellt wurden, in voller Ruhe und Ordnung. Sämtliche Werte in Ludwigshafen und Oppau werden bis Ende dieser Woche wieder in vollem Betrieb sein.

Das neue Schankstättengesetz

Das in Vorbereitung befindliche Schankstättengesetz, das in erster Linie auf eine Einschränkung der Konzession für Gastwirtschaften hinzielt, geht nicht nur die gemäßigten Interessenten an, sondern auch das breite Publikum, da im Gesetzentwurf Einschränkungen aller Art vorgesehen sind. So sieht der § 15 eine Ermächtigung für die oberste Landesbehörde vor, wonach der Ausschank von Branntwein am Sonntag und Festtagen, den vorhergehenden und folgenden Tage und selbst an Vorkabtags-Tagen verboten werden kann. Darüber hinaus haben die Abstinenzler in der Sitzung des Reichswirtschaftsministeriums beantragt, diese Bestimmung auf alle geistigen Getränke, also auch auf Bier auszudehnen. Von anderer Seite wird dieser Antrag bekämpft, mit der Betonung, daß dies eine Bevormundung des Publikums wäre, die dem Selbstbestimmungsrecht in Sachen der persönlichen Lebensführung widerspreche. Es wird darauf hingewiesen, daß in dieser Beziehung Amerika die schlechtesten Erfahrungen gemacht hat, da durch das Antialkoholgesetz eine Gesetzesverletzung und Korruption größten Stils herangezogen worden ist.

Das angekündigte Schankstättengesetz, das der Sache nach eine Abänderung der Gewerbeordnung sein soll, ist der erste Versuch in Deutschland, die Alkoholfrage im Sinne der Abstinenzbewegung zu lösen und ein allgemeines Alkoholverbotgesetz in die Wege zu leiten. Auch in Amerika gingen der Trodenlegung einschneidende Bestimmungen über den Alkoholverbrauch voraus. In Deutschland erscheint ein allgemeines Alkoholverbotgesetz um so weniger am Platze, als der Konsum von alkoholischen Getränken gegenüber dem Frieden außerordentlich zurückgegangen ist, und zwar beim Bier um fast die Hälfte und beim Branntwein um weit über die Hälfte.

Das Feuerlöschwesen in Baden im Jahre 1921

Nach einer Sondererhebung des Statistischen Landesamts beträgt die Zahl der freiwilligen Feuerwehren in unserem Land 592, darunter befinden sich 35 Fabrik- und 10 Bahnhofsfeuerwehren. Was die Ausrüstung der Feuerwehren mit Löschgeräten anbelangt, so verfügen dieselben allerorts, wo genügend Wasser vorhanden ist, über Saug- und Druckpumpen; deren Zahl beläuft sich im Lande auf 1616. Motorspritzen (28) gibt es nur in den größeren Städtgemeinden. Ferner sind in Mannheim, je zwei in Karlsruhe und Konstanz und je eine in Heidelberg, Rastatt, Pforzheim, Schönau, Neuland, Freiburg, Billingen und St. Wolfen. Die Spritzen sind mit gutem und reichlichem Schlauchmaterial versehen; die Schlauchlänge für das Land im ganzen beträgt rund 244 000 Meter. Als Kupplungen für das Schlauchmaterial haben die meisten Gemeinden des Landes noch die Normalschraubung, doch haben auch in einer großen Zahl von Gemeinden und Städten neuere Systeme Eingang gefunden. Als Schlauchmaterial sind in größerem Umfange noch die sog. Reifen- oder Kettensysteme in Gebrauch, indes sind größere Gemeinden und vor allen Dingen die Städte zum Teil schon lange im Besitz der beweislichen Reifenketten. Die Zahl solcher Leitern hat im Berichtsjahr insgesamt etwa 350 betragen.

Aufhebung der Güterabfertigung Friedrichsfeld-Süd. Schon seit 1½ Jahren beschäftigt die Reichsbahndirektion Karlsruhe aus wirtschaftlichen Gründen den Güterverkehr in Friedrichsfeld, der bis jetzt etwa zu gleichen Hälften sich auf die Bahnhöfe Friedrichsfeld-Nord und Süd verteilt, auf dem Bahnhof Friedrichsfeld-Süd zusammenzuführen und Friedrichsfeld-Süd als Güterstation aufzuheben. Die Schließung des Stationsamtes Friedrichsfeld-Süd mußte jedoch zurückgestellt werden, weil die Zubehörsarbeiten der Güterabfertigung-Nord nicht in einem Zustande war, der die zur Güterabfertigung-Nord nicht in einem Zustande war, der die zur Güterabfertigung-Nord nicht in einem Zustande war...

Verbesserung der Güterwagen. Nach Beendigung des Krieges wurden zahlreiche Privatwerte zu Ausbesserungsarbeiten an Reichsbahnfahrzeugen herangezogen. Es sollten hierdurch die großen Kriegsschäden an den Eisenbahnfahrzeugen in kürzester Zeit ausgearbeitet, für die betreffenden Werte neue Arbeitsmöglichkeiten schnell geschaffen und bei dem großen Arbeitsbedarf weitausgehend Arbeitskräfte im Interesse der Volkswirtschaft ausgenutzt werden. Der Ausbesserungsstand der Reichsbahngüterwagen ist nun soweit zurückgegangen, daß die Einstellung der Privatwertsbesserung angeordnet wurde, um die bahn-eigenen Werkstätten vor Arbeitslosigkeit zu schützen. Neben der Wiederaufstellung der Reichsbahngüterwagen ist die Privatindustrie noch mit der Ausbesserung von Beulefahrzeugen beschäftigt.

In zwei extremen Kunstanschauungen verdrängt sich in einer gemeinsamen Wurzel die Künstlerpersönlichkeit Süss: in elementarer, machiger Formentanz und lebenswürdig heiter freier Empfindung.

All dies kann man nachlesen in der vom hiesigen Verlag G. Jacob herausgegebenen, mit zwei Originalabbildungen geschmückten Schrift, die es wäre zu begrüßen, wenn sie dazu verhelfen könnte, dem Künstler, der sich bekümmert nur wenig von sich reden macht, vermehrte Beachtung zu erwirken.

Heidelberger Erinnerungsstätten

Den irdischen nationalen Besitz, den der Name Heidelberg umschließt, seit dem allgemeinen Bewußtsein einzulösen, bezog ein neues Buch von D. Castellotti: „Heidelberger Erinnerungsstätten“, eine Wanderung durch die Jahrhunderte. (Mit 40 Reproduktionen nach Aufnahmen von H. Wolff, Heidelberg, Verlag Willy Heig.) Nicht mit den üblichen Mitteln geistreichen Liegenarramentums wird die Erinnerung Heidelbergs in deutschen geistigen Besitz vorgenommen, geschichtliche Erinnerung erwidert uns neu die Stätten Heidelbergs, Bild und Wort helfen dazu. In 40 Reproduktionen von vorzüglicher Wiedergabe treten die historischen und natürlichen Reize der Stadt vor den Betrachter. Das oft Geschaute empfindet man als neu, dank der künstlerischen Höhe der photographischen Aufnahmen. Wollte der Verfasser Heidelberg zum geistigen Eigentum eines größeren Kreises machen, so müßte er, in gewissem Gegenstand zum Beispiel, das lokale Leben einzuhalten suchen, das um die Stätten gemeinsam spielt. Die Verdichtung der geschichtlichen Vergangenheit nicht um lokale Einheiten, sondern um Höhepunkte im Leben Heidelbergs ist glücklicherweise gelungen. Mit Recht beginnt mit der Gründung der Universität Heidelbergs Leben. Die geistige Blüte unter dem Einfluß von Humanismus und Renaissance stellt der Verfasser an ihren führenden Männern dar. Für die Eroberung der Stadt durch Tilly 1622 konnten neue Quellen erschlossen werden. Wie damals die Stadt durch Zwietracht zwischen der militärischen Leitung und der Bürgerschaft verloren ging, so liesserte 1693 Unfähigkeit und Reichthum des Kommandierenden die Stadt dem Befehl Ludwigs XIV. „brüllez la Palatine!“ aus.

Dankbar empfängt der Leser die Darstellung von dem Entstehen der „neuen Stadt“, von ihrer Einordnung barocken Baumstils in die gotische Struktur Heidelbergs, die noch heute als belebender Reiz empfunden wird. Mit dem Wiederaufleben der Stadt durch die Romantik und Goethe tritt man in die neuer glänzende Epoche Heidelbergs ein. Das beginnende Nationalgefühl empfindet das Schicksal als besessenes Dementi, romantisches Lebensgefühl liegt in ihm Natur und Geschichte zurechtberichtigt. Höflichkeit formt damals kein Erlebnis von Schloß und Landschaft zu dem Gebiet von Heidelberg.

Die für die Rückgabe nach den Ententeländern erforderlich ist. Auch bei diesen Ausbesserungen wird mit dem Abbau begonnen. Die Reichsbahn ist bemüht, die für die störungsfreie Durchführung ihres Betriebes erforderlichen Fahrzeuge so schnell wie möglich aus dem Verkehr herauszulassen und die abgestellten Beulefahrzeuge von den Reichsbahnangehörigen zu entfernen.

Neujahrserreisen zum alten Tarif. Mit dem 1. Januar tritt wie gemeldet, wieder eine beträchtliche Erhöhung der Personentarife der Reichsbahn ein, die über 100% beträgt. Bisher hat bei einer Tarifserhöhung das Reichsverkehrsministerium seit längerer Zeit die dreitägige Gültigkeit einer gültigen Fahrkarte aufgehoben; die Fahrt mußte am letzten Tage des alten Tarifs angetreten werden. Mit Rücksicht darauf, daß die kommende Tarifserhöhung mit den Weihnachts- und Neujahrserreisen zusammenfällt, beabsichtigt das Reichsverkehrsministerium, diesmal die Vorverkaufsmöglichkeit nicht einzuschränken. Es können also am 1., 2. und 3. Januar nach Reisen gemacht werden, für welche die Fahrkarten bereits im alten Jahre gelöst worden sind.

Belegung deutscher Erasmünzen. Dem Reichsrot ist ein Entwurf über die Ausprägung von Erasmünzen im Nennwert von 10, 20, 50, 100, 200 und 500 Mark zugegangen.

Keine deutschen Arbeitskräfte für das Wiederaufbaugeschäft. An die Arbeitsnachweiser können seit einiger Zeit zahlreiche Anfragen von Arbeitssuchenden wegen Verwendung im Wiederaufbaugeschäft Nordfrankreichs. Allen solchen Arbeitssuchenden kann mitgeteilt werden, daß die bisherigen Abkommen lediglich Sachlieferungen betreffen, die im freien Geschäftverkehr vergeben werden. Eine Beschäftigung deutscher Arbeitskräfte kommt zunächst nicht in Frage. Es besteht vorläufig auch keine Aussicht, daß in absehbarer Zeit deutsche Arbeiter in Nordfrankreich beschäftigt werden.

Zeitgemäße Erfindung eines Sorg-Erlasses. Verschiedene Zeitungen brachten in letzter Zeit die Mitteilung, daß durch die enormen Preissteigerungen viele Städte nicht mehr in der Lage sind, bei Beerdigungen genügend mittelalter Personen die Sorge zu stellen. Neben Sorgen von Sips sollen nunmehr auch solche von Papp zur Fabrikation gekommen sein. Neuerdings hat Ingenieur Heilmann in Mannheim einen „Sorg-Erlass“ mit Einsatz als Sorg-Erlass zum Muster und zum Patent angemeldet. Dieser Sorg-Erlass gestattet dessen beliebige Verwendung, da bei jeder Beerdigung nur der Rohentwurf und der im Sorg befindliche gemöbelartige Einsatz da. Erhöht, gegen Erddruck widerstandsfähigen Material im Grabe zurückgelassen, der Sorg selbst mit Hilfe einer einfachen Vorrichtung nach der Beerdigung in wenigen Sekunden hochgezogen wird.

Einstellung des Betriebs der Heidelberger Bergbahn. Die Heidelberger Straßenbahnverwaltung hat den Betrieb der Bergbahn zur Wollentur und zum Königtal wegen Unrentabilität eingestellt. Es wird sich empfehlen, die Bergbahn wenigstens an Schneetagen mit Winterportbetrieb fahren zu lassen. Gleichzeitig wird eine neue Fahrpreisschätzung angekündigt. Die billigte Fahrt auf der Heidelberger Bergbahn kostet von Freitag ab 60 Mark.

Badischer Mälierbund. Man schreibt uns: Seit Jahrhunderten ist es üblich, daß der Müller den Rohrlin in Natura erhebt. Neuerdings haben die Landeskommissionen, offenbar auf Geheiß der badischen Regierung die Erhebung des Naturrohrlin verboten. Der Ausschuss des badischen Mälierbundes wird sich in seiner demnächstigen Ausschusssitzung mit dieser Sachfrage befassen.

Das Fest der Silbernen Hochzeit feiern am morgigen Donnerstag. Herrmann und dessen Ehefrau Maria, geb. Biebler, L. 13. 6.

Mus Furcht vor Strafe in den Tod. Gestern vormittag hat sich ein 22 Jahre altes Dienstmädchen auf dem Speicher einer Villa in der Pfalz aus Furcht vor Strafe erhängt.

Verhaftet wurden 69 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen, darunter 29 Personen wegen Diebstahls und 10 auf Grund vorgenommener Gasthofkontrollen.

Weihnachtsfeiern

Weihnachtsfeier im Altkinderheim. Am letzten Sonntag nachmittag fand im inneren Kinderheim das Weihnachtsfest des Altkindervereins statt, die sich jeweils durch eine anziehende Stimmung und eine sorgfältige Vorbereitung durch die Herren und Damen des Vorstandes auszeichnet. Das war auch diesmal der Fall. Der Beerdigung ging ein künstlerischer Festspiel voraus, zu dem Herr Leonore Fuchs (Gitarre), Dr. Gernsheim (Flöge) und Herr Ammerlaue Rosa (mit Regitationen) in dankenswerter Weise beitrugen. Auch der Frauenchor der Trinitatisgemeinde hatte seine Mitwirkung zugesagt und lang unter der Leitung seines Dirigenten, Herrn Bloß, einige Weihnachtslieder, während der blinde Organist Herr Fensch, den ersten Teil der Feier mit einigen stimmungsvollen Klavierstücken abschloß. Der Vereinsvorsitzende, August Dr. Fuchs, richtete einige herzliche Worte an die Versammelten und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß es trotz der ungünstigen Zeiten immer noch möglich sei, den Kindern einen schönen Weihnachtstag zu gestalten. Die Stadt hatte zu Vorzugspreisen sechs Zentner Reich zur Verfügung gestellt, so daß jedes blinde Vereinsmitglied sechs Pfund erhalten konnte, wozu noch ein Gelegenheitsgeld aus dem Ueberfluß des hiesigen Harmonie-Konzerts und sonstige kleinere Zugaben kamen. Auch die übliche Bewirtung mit Bräuten und Wirt konnte dank der Unterstützung durch freigebige Gönner erfolgen. Aus allen Geschlechtern sprach frohe Dankbarkeit.

Goethes klassische Schilderung dagegen hat damals nicht, wie man bisher annahm, ins weite wirken können; sie wurde erst nach seinem Tode gedruckt. Die Entscheidung der Landeshoheit Heidelbergs durch die romantischen Maler ist uns ja neuerdings gewiß geworden. Hier wird die geistige Einstellung jener Künstler, ihre dichterische Gestaltung weiter untrüben. In dem Studentenleben der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts lebte die romantische Stimmung nach einer Weile weiter. Die neue Blüte der Hochschule, die Nationalisierung der akademischen Jugend stellte Heidelberg in den Kreis der deutschen Hochschulen ein. — Fortiges Leben ist aus verdorbenen Quellen neu erschlossen, neu geacht. Mägen Einzelheiten dem Leser wieder unterfallen, das persönliche Erlebnis der Stätten Heidelbergs wird durch solche geschichtliche Erinnerung verstärkt und bereichert.

Prof. R. Lüttich

Kunst und Wissenschaft

Hochschulnachrichten. Zur Wiederbelebung des durch Berufung des Professors W. Jahn nach Berlin erledigten Lehrstuhls für Hygiene an der Universität Freiburg im Breisgau ist ein Ruf an den ordentlichen Professor Dr. med. Paul Schmidt-Galle ergangen.

Ademilische Vorträge in Baden-Baden. Die von der Kurverwaltung mit Hilfe großzügiger Privathilfe in diesem Winter eingerichteten akademischen Vortragsreihen finden nach Neuheit ihre Fortsetzung durch folgende Gelehrte der Heidelberger Universität: Geheimrat Anshütz, Professor von Weizsäcker, Professor Gumbold, Prof. Dibellus und Prof. Kröner.

Die „Deutsche Revue“ geht ein. Die „Deutsche Revue“, die seit 17 Jahren erscheinende politische-literarische Zeitschrift, die von Richard Meißner bei der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart herausgegeben wird, stellt mit Rücksicht auf die allgemein bekannten wirtschaftlichen Verhältnisse ihr Erscheinen ab. Mitarbeiter an der „Deutschen Revue“ waren z. B. die hervorragenden Politiker, Diplomaten und Historiker.

„Der Freidandbauer“, ein Volksstück in vier Akten, von dem in Vorrück-Oman lebenden Schriftsteller R. J. Dapper, erlebte Anfang Dezember am Landesbühnen in Karlsruhe seine Uraufführung. Das Stück ist eine Uebersetzung von Shakespeares „King Lear“ ins Oberbairische. Der reiche Bauer Schindler, genannt der „König Lear“, erlebte die letzten Lebensjahre wie der Held des britischen Schriftstellers, nur spielt sich die Geschichte in einem oberbayerischen Dorfe ab. Das Stück hatte Erfolg und ist von Direktor Josef Weib, dem bekannten Reichensdaller Bauerntheater, zur Aufführung angenommen. Das Werk ist im Rubin-Verlag, München erschienen.

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Börsenberichte

Frankfurter Wertpapierbörse

Frankfurt a. M., 20. Dez. (Eig. Draht.) Der Dollar, der im Frühverkehr zwischen 7000 und 6950 gehandelt wurde, unterlag folgenden Schwankungen: 7050—6800 und wurde an der Börse mit 6650 genannt. Am Effektenmarkt machte sich, angeregt durch Auslandskäufe eine feste Stimmung bemerkbar und eine Reihe von Spezialpapieren setzte sogar Kurserhöhungen durch. Das Börsengeschäft nahm daher äußerlich wieder einen lebhaften Verlauf. Die Nähe des Weihnachtstages brachte von Seiten des Publikums die erwarteten Verkaufsaufträge nicht. Man befürchtete, daß die beginnenden Kursnotierungen Abschwüchungen bringen würden, dies war aber nicht der Fall. Die Spekulation schritt zu Deckungen. Auslandsanleihen waren fester, wobei Zolllücken bei erster Notiz 300 Prozent höher einsetzten. Bagdad und Ungarische Goldrente fester. Im Verlaufe auf den Dollar schwankend. Im freien Verkehr war das Geschäft lebhafter. Begehrter erschienen Ufa 2500—2700, Stücklicht Gummi 2100, Deutsche Petroleum 8300, Metz Sübhe 2400—2450, Becker Stahl 4000, Benz 3400, Krügershall 5200—5000, Mansfelder 6200—6100. Bankaktien erholte sich mäßig befestigten Kursen. Montanwerte lagen zumest anziehend. Höher setzten ein Harpener, Laurahütte, Caro, Oberbedarf und Phoenix. Kalifaktien fester. In Maschinenwerten herrschte verschiedentlich Nachfrage; die ersten variablen Kurse zeigten für Karlsruhe, Kleyer und Bingwerke eine gute Erholung. Zellstoffaktien eröffneten besser. In Elektrowerten brachte die aus allen Gebieten bemerkbare Kaufneigung den Papieren Höherbewertungen, die zwischen 200—500 Prozent schwankten. A.E.G. 4700—4600. Chemische Aktien eröffneten größtenteils sehr fest. Zu gesteigerten Kursen gingen hervor Höchstler, Libberfelder Kupfer, Scheideanstalt, Holzverkohlung, Th. Goldschmidt gewannen 800 Prozent. Sehr gesucht waren Heilbrunn Zucker, Spinnerei Hammersum (plus 1995), Faber & Schleichler, Ludwig Ganz, Neckarsulmer, Hoch- und Tiefbau, Sprox. Reichsanleihe 1100, gewannen 100 Prozent. Sprozentige Hessen plus plus.

Berliner Wertpapierbörse

Berlin, 20. Dez. (Eig. Draht.) Die Nervosität ist noch nicht von der Börse gewichen. Heute gingen die Devisen- und Kurskurse wieder nach unten, weil man in maßgebenden Finanzkreisen der Ansicht ist, daß trotz des Widerstands Frankreichs der Gedankenaustausch über die Reparationsfrage zwischen den Ententemächten, aber auch innerhalb der amerikanischen Finanzwelt, weitergeht. Nachdem der Dollar gestern nachmittags auf 7300 angezogen hatte, um sich abends wieder auf 6800 abzuschwächen, war der Kurs heute am Beginn der Börse 6850—6600. An den Wertpapiermärkten war die Stimmung zunächst recht fest. Das Publikum hatte vielfach die Verkaufsaufträge zurückgezogen und neue Kaufordere erteilt. Auch wollte man wieder ausländische Käufe bemerken. Bald nach den ersten Kursen trat aber eine allgemeine Abschwächung ein, weil die Börsenspekulation das Material, das sie vorgestern zu den stark ermäßigten Kursen aufgenommen hatte, zumteil wieder abließ. Am Montanaktienmarkt setzten Riebeckmontan und Ise 3500 Prozent höher ein. Bochumer, Kattowitz und Rhein Stahl +2000 Proz., Luxemburger —600 Prozent. Oberbedarf +1100 Prozent. Am Kalimärkte Deutsche Kalk +500 Prozent, Heildorf 1000, Hallische 6200. Bei den chemischen Werten stiegen Rheinische Sprengstoff um 1200 Prozent, Oberkoks um 1700 Proz. Am Elektromärkte holten Akkumulatoren 8000 Prozent von ihrer starken Kurssenkung wieder ein. Licht und Kraft in Gesellschaft für elektrische Unternehmungen +700 Prozent. Am Märkte der Schifffahrtswerte betrug die Besetzung bei Hamburg Südamerika-Linie 2000 Prozent, bei Hansa 1000 Prozent, bei Paketfahrt 600 Prozent. Am Bankaktienmarkt setzten Handelsanleihe 100 Prozent höher ein, Deutsche Bank +350 Prozent. Am Märkte der Spezialwerte gewannen Norddeutsche Wolle 3000 Prozent, Cuno

und deutscher Eisenhandel und Basalt +1800 Prozent, Löbe und Stettiner Vulkan +1400 Prozent, Rottweiler Pulver und Schwartzkopf +1000 Prozent, Dalmier +800 Proz. Deutsche Petroleum Union stiegen auf 49500. Am Märkte der Valutapapiere gewannen Kanada +6000 Prozent, Sprox. Mexikaner +8000 Prozent, Tehuantepec +4000 Prozent, Bagdadanleihe 1 +725 Prozent, ungarische Goldrente +1500 Prozent. Die Schutzgebietenanleihe war 4700. Kolonialwerte zunächst ebenfalls gebessert. Im Verlauf gaben die Kurse fast durchweg nach. Im weiteren Verlauf war die Stimmung wieder etwas fester. Der Kassaindustriemarkt war nicht einheitlich. Die Mark kommt aus Amsterdam mit 0370, Zürich 0700, Kopenhagen 07, Stockholm 05½, London 31 150. Oesterreichische Noten 10½, polnische Noten 38½, rumänische Noten 4100, ungarische Noten 285.

Devisenmarkt

Mannheimer Devisenmarkt, 20. Dez. (Mittteilung des Mitteldeutschen Creditbank, hier) **New York 6650 6700** Holland 2655 (2675), London 30700 (30700), Schweiz 1269 1269, Paris 495 500, Italien 339 (340).

Frankfurter Devisen

Frankfurt, 20. Dez. (Eig. Draht.) Nach anfänglicher Befestigung schwächten sich die Preise im Verlaufe ab. Das Geschäft im offenen Verkehr war wesentlich ruhiger, die Stimmung schwächer. Es wurden folgende Kurse genannt: London 32000 (30000), Paris 516 (497½), Brüssel 476 (450), New York 6950 (6687½), Holland 2700 (2625), Schweiz 1310

Währung	18. 12.	19. 12.	20. 12.
Holland	2932	2947	2915
Belgien	491	494	498
London	32799	32959	32921
Paris	508	516	498
Schweiz	1271	1283	1261
Italien	371	378	378
Dänemark	1340	1312	1301

Anteil	18. 12.	19. 12.	20. 12.
Holland	292	297	291
Schweiz	1273	1277	1251
Belgien	486	488	488
London	32819	32921	32921
Paris	508	516	498
Schweiz	1271	1283	1261
Italien	371	378	378
Dänemark	1340	1312	1301

Anteil	18. 12.	19. 12.	20. 12.
Holland	292	297	291
Schweiz	1273	1277	1251
Belgien	486	488	488
London	32819	32921	32921
Paris	508	516	498
Schweiz	1271	1283	1261
Italien	371	378	378
Dänemark	1340	1312	1301

Die gegenwärtige Deflationskrise der deutsch-österreichischen Industrie
Aus Wien wird dem „Berliner Tageblatt“ geschrieben: Die österreichische Montanindustrie, die Eisenwerke und Maschinenfabriken, sind durch die geschäftliche Stagnation auf schwerste betroffen. Der Kohlenbergbau mühte die Förderung, besonders in Steiermark, stark einschränken und die Arbeiterentlassungen erreichen bereits ein Drittel der Belegschaft. In der Eisenindustrie ist es zu allgemeinen Betriebsbeschränkungen gekommen. Die Alpine Montangesellschaft hat bisher einen Hochofen, ein Walzwerk und ein Stahlwerk stillgelegt. Die Bühler-Werke haben in Verdun die Produktion ihres Holzkohlenhochofens stark gedrosselt und auch im Kapfenberger Stahlwerk den Betrieb ganz wesentlich eingeschränkt. Die übrige österreichische Eisen- und Stahlindustrie hat durchweg die Betriebe um 25 bis 40 Prozent eingeschränkt, hat aber auch für den Rest der Belegschaft nicht genügend Aufträge. Namentlich das Exportgeschäft geht ständig zurück. Zwischen der österreichischen Eisenindustrie und den tschechischen Eisenwerken besteht ein scharfer Konkurrenzkampf, der zu bedeutenden Preisniederschlägen im Exportgeschäft zwingt und keinerlei Gewinn mehr zuläßt. In der verarbeitenden Industrie, namentlich in Stahlwaren und Werkzeugen, sind zahlreiche Auftragsumstellungen zu verzeichnen, da sich die ausländische Kund-

schaft weigert, die bestellte Ware zu den vereinbarten Preisen zu übernehmen und auch durch beträchtliche Preisniedrigerungen nicht dazu gebracht werden kann, die festbestellten Artikel zu beziehen.
Trostlos sind die Verhältnisse in der Maschinenindustrie. Die deutschen Fabriken liefern um 50 Prozent billiger u. verhindern dadurch besonders das österreichische Exportgeschäft. Zur deutschen Konkurrenz kommt in letzter Zeit auch noch die tschechische. Die böhmisch-mährischen Maschinenfabriken und Gießereien sind heute bereits in der Lage, die deutsch-österreichischen Preise nennenswert zu unterbieten, was sich insbesondere in Eisengut und Gußware, in landwirtschaftlichen und Bergwerksmaschinen, in Pumpen und Armaturen und im allgemeinen Maschinenbau fühlbar macht. Die allgemeine Absatzkrise kommt auch bereits in zahlreichen Betriebseinstellungen zum Ausdruck. Die Wöllersdorfer Werke liegen fast gänzlich brach, die neuen Röhrenwerke im Wiener Arsenal können wegen der tschechischen Konkurrenz ihr Produktionsprogramm nicht verwirklichen. Die Tempergießereien in der Provinz stehen knapp vor der Betriebseinstellung. In der Stahlindustrie dürften bis Ende des Jahres von den 44 im September in Betrieb gestandenen Oefen mindestens 15 stillgestellt sein.
Durch die geringe Beschäftigung der Stahlwerke besteht in Oesterreich wieder Überschuss an Stahlrohren, so daß die Alpine Montangesellschaft bemüht ist, den Export in Robleisen zu forcieren.

Kapitalerhöhung in der Textilbranche. Die Deutsche Woll- und Wirkwaren-A.G., Berlin, hat laut „Konfektionär“ ihr Aktienkapital auf 3 Millionen Mark erhöht.
Desag, deutsche Sackvertriebs- und Faserindustrie A.G., Mannheim. Die heutige a. G.-V. beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 20 auf 60 Millionen Mark.

Waren und Märkte

Vom Chemikalien-Markt

M. Mannheim, 20. Dez. Die in den letzten Tagen durch die Presse gegangenen Nachrichten bezüglich einer in Deutschland zu gewährenden Anleihe haben auf dem Devisenmarkt eine Nervosität hervorgerufen, unter welcher die Kurse für ausländische Zahlungsmittel bald in kräftigen Zuckungen nach oben, bald nach unten, sich bewegten. Diese Vorgänge wirkten auf die Chemikalienmärkte eine große Zurückhaltung sowohl auf Seiten der Käufer als auch der Verkäufer. Die letzteren halten aber an ihren Forderungen fest, da sie wenig Vertrauen zu einer wesentlichen Besserung der Gesamtlage haben. Man nannte: Eisenvitriol krist., handelsübliche Qualität, westfälische Ware, losverladen 80 Mk., Formaldehyd 30 Proz. Gew. exkl. Kornb. 1600 Mk., desgl. 50 Proz. Vol. 2100 Mk., Gelbkalk (Kal. ferro. clinat. flav. cryst.) exkl. Verpackung 4600 Mk., Gelbmetron (Natr. ferro. clinat. flav. cryst.) inkl. Faßpackung 3400 Mk., Kalisaltpeter dopp. raff. pulv. für Feuzwecke exkl. Faßpackung, Fässer ca. 400—500 kg enthaltend, 880 Mk., Kleesalz pulv., handelsübliche Qualität, exkl. Verpackung, 900 Mk., Kupervitriol 98/99 Proz. große Kristalle, inkl. Faßpackung mit ca. 250 kg Inhalt 975 Mk., Leinölfirnis, Ia. inkl. Holzbarrel 1750 Mk., Paraffin, weiß in Tafeln amerik. 5052° C inkl. Sackpackung 813 Mk., Terpeninöl deutsch, gar. rein, Ia., exkl. Leihenfall 3200 Mk. alles per kg ab Lager oder Nähe Mannheim.

Berliner Produktmarkt

Berlin, 20. Dez. (Eig. Draht.) Das Schwanken der Devisenkurse veranlaßte die Händler am Produktmarkt zur Zurückhaltung. Das Geschäft hielt sich umso mehr in engen Grenzen, als das Herannahen des Weihnachtstages ebenfalls auf die Unternehmungslust einschränkend wirkte. Weizen war verhältnismäßig weniger angeboten, und die Mühlen wollten nur zu niedrigeren Preisen im Zusammenhang mit ermäßigten Mehlnotierungen kaufen. Roggen war zu ermäßigten Forderungen veräußert. Gerste hatte ruhiges Geschäft. Es fanden Umsätze in tschechoslovakischer Ware statt. Hafer blieb bei geringer Umsätzen ziemlich preishaltend. Mais wurde billiger umgesetzt. Futtermittel still.

Kurszettel des Mannheimer General-Anzeigers

Frankfurter Notemarkt 20. Dez.			
Währung	18. 12.	19. 12.	20. 12.
Amerikanische Noten	60 7/8	67 1/2	67 1/2
Englische	44 1/4	45 5/8	45 5/8
Franken	1396	1395	1395
Österreichische	30 3/8	30 1/2	30 1/2
Polnische	40 1/8	40 1/8	40 1/8
Belgische	295 1/2	295 1/2	295 1/2
Deutsche abgibt.	342 50	346 50	346 50
	9 45	9 45	9 45

Frankfurter Dividenden-Werte.			
Bank-Aktien	18. 12.	20. 12.	
Ang. D. Credit	141 1/2	123 1/2	
Deutsche Bank	500	500	
Frankfurt. Bank	150	150	
Bayr. Bank	100	100	
Wett. Bank	150	150	
Land. Bank	150	150	
Bayr. Bank	100	100	
Wett. Bank	150	150	
Land. Bank	150	150	

Berliner Dividenden-Werte.			
Bank-Aktien	18. 12.	20. 12.	
Com. Hypothek	724	700	
Hypothek	940	975	
Bank-Aktien	2910	2775	
Bank-Aktien	800	780	
Bank-Aktien	750	750	
Bank-Aktien	1875	1750	

Frankfurter Festverzinsliche Werte.			
Währung	18. 12.	20. 12.	
100/100	100	100	
100/100	100	100	
100/100	100	100	
100/100	100	100	
100/100	100	100	

Berliner Festverzinsliche Werte.			
Währung	18. 12.	20. 12.	
100/100	100	100	
100/100	100	100	
100/100	100	100	
100/100	100	100	
100/100	100	100	

MARCHIVUM

